Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mk. 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mk. 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 26/7 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 36642 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. Sonntag, 9. Februar 1913. 62. Jahrgang. Nr. 101.

Münsterischer Anzeiger
und Volkszeitung
— täglich 2 mal erscheinend — kostet für die Monate
Februar und März
1.00 Mk. Beim Bezuge durch die Post werden für die Zustellung ins Haus in Orten mit einmaliger Bestellung am Tage 28 Pfg., mit zweimaliger Bestellung 48 Pfg. für den Monat erhoben.
Inserate finden bei der großen Verbreitung des „Münsterischen Anzeigers" von über
36600 Abonnenten
davon über 12000 in Münster, wo das Blatt in fast jedem Hause gehalten wird, die wirksamste Verbreitung.
Verlag des Münsterischen Anzeigers und Volkszeitung.

Die Entwickelung der deutschen Schutzgebiete Afrikas und der Südsee.

Dem Reichstage ist soeben eine Denkschrift über die Entwickelung der Schutzgebiete Afrikas und der Südsee 1911/12 zugegangen; darin heißt es u. a.:

Das Berichtsjahr (April 1911 bis April 1912) war für alle Schutzgebiete eine Zeit friedlicher Entwickelung. Auf friedlichem Wege wurde unser Kolonialbesitz durch die Erwerbung eines Teiles der Nachbarkolonie Französisch-Kongo unter Abtretung eines Grenzstreifens von Kamerun wesentlich ausgedehnt. Vereinzelte Unruhen unter der eingeborenen Bevölkerung in Kamerun, im Nordwesten von Deutsch-Ostafrika und in den noch nicht unter Verwaltung genommenen Teilen von Deutsch-Neuguinea wurden rasch und ohne Schwierigkeiten unterdrückt.

Die Organisation der Verwaltung hat in den Schutzgebieten keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Eingeborenen-Rechtspflege wurde weiter ausgedehnt, und man wird im großen und ganzen sagen können, daß ein immer größerer Kreis von Eingeborenen für die Ziele und Methoden unserer Verwaltung Verständnis gewinnt.

Die Medizinalverwaltung ist in der Lage, für Deutsch-Südwestafrika und Kamerun sowohl bei der weißen wie bei der farbigen Bevölkerung günstige Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse sowie Fortschrite in der Bekämpfung der Epidemien festzustellen. In Deutsch-Ostafrika schreitet zwar die Bekämpfung der Schlafkrankheit weiter fort, dagegen war dort der allgemeine Gesundheitszustand wenig befriedigend. Auch in Togo lassen die Gesundheitsverhältnisse zu wünschen übrig. Die Sanierungsarbeiten in Lome sind noch nicht beendet. In Samoa verlief das Jahr normal, während in Deutsch-Neuguinea gegenüber dem Vorjahre eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse zu verzeichnen ist.

Die weiße Bevölkerung in sämtlichen Schutzgebieten ist von 21600, am 1. Januar 1911 auf 23300 am 1. Januar 1912 gestiegen, hauptsächlich infolge der Vermehrung der Weißen in Deutsch-Südwestafrika und in Deutsch-Ostafrika. Hier sowohl wie in Kamerun ist diese Zunahme zum Teil durch die Bahnbauten bedingt, während in Togo eine geringe Abnahme der weißen Bevölkerung durch Beendigung des Baues der Hinterlandbahn zu erklären ist. Auch für die Südsee ist eine kleine Zunahme der weißen Bevölkerung zu verzeichnen. Von der farbigen Bevölkerung der Schutzgebiete kann schätzungsweise angenommen werden, daß sie im ganzen eine Zunahme erfahren hat, wofür unser volkreichstes Schutzgebiet, Deutsch-Ostafrika, ausschlaggebend ist. In Samoa und in Deutsch-Neuguinea haben sich die Chinesen beträchtlich vermehrt. In Deutsch-Neuguinea hat die Verwaltung noch eine besondere bevölkerungspolitische Aufgabe zu lösen begonnen, nämlich die teilweise Verpflanzung der Eingeborenen-Bevölkerung von den kleinen Atollen nach größeren Inseln. Es erweist sich dies namentlich aus dem Grunde als notwendig, weil die von Zeit zu Zeit auftretenden Taifune Leben und Eigentum der Eingeborenen auf den kleinen Atollen schwer gefährden.

Eine erfreuliche Weiterentwickelung des Schulwesens wird aus allen Schutzgebieten gemeldet. Ebenso wird die Tätigkeit der Missionen beider Konfessionen von der Verwaltung der Schutzgebiete allgemein günstig beurteilt, und in Deutsch-Südwestafrika das fortschreitende gute Einvernehmen der Missionare mit der weißen Bevölkerung besonders hervorgehoben.

Die weltwirtschaftliche Lage im allgemeinen war im Berichtsjahre der Kolonialwirtschaft sehr günstig.

Die Regelung der Arbeiterverhältnisse macht von den allgemeinen Grundlagen der Kolonialwirtschaft der Verwaltung am meisten Sorge. Es wird wohl mit einer weiteren Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte gerechnet werden müssen. In den tropischen Schutzgebieten Afrikas konnte im Berichtsjahre den großen Anforderungen an den Arbeitsmarkt seitens der Pflanzungen und der Eisenbahnunternehmungen in der Hauptsache entsprochen werden. In Deutsch-Ostafrika mehren sich aber die Klagen der Pflanzer über unzureichende Versorgung mit Arbeitskräften.

Die schwierigen Fragen der Kreditorganisation in den Schutzgebieten konnten im Berichtsjahre noch nicht gelöst, und erst im laufenden Jahre wenigstens zum Teil ihrer Lösung entgegengeführt werden. Die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Schutzgebieten, insbesondere in Deutsch-Südwestafrika, erfordert, abgesehen von der Pflege des kaufmännischen Kredits, immer dringender die Schaffung von Kreditquellen für Farmer, Pflanzer und die städtische Bevölkerung. Soweit es sich hierbei um kurzfristigen Betriebskredit handelt, wird die Organisation genossenschaftlicher Darlehnskassen in Betracht kommen. Ansätze hierzu sind bereits vorhanden. Die Lösung der schwierigen Aufgabe, für die Farmer in Deutsch-Südwestafrika ein Kreditinstitut für langfristigen Besitz- und Meliorationskredit zu schaffen, hat erst im laufenden Jahre festere Gestalt gewonnen. Es kann nur ein öffentlich-rechtliches, mit staatlichen Mitteln ausgestattetes Kreditinstitut diesen Bedürfnissen Rechnung tragen. Dieses Ziel wurde denn auch bei den vorbereitenden Arbeiten für die Schaffung einer Deutsch-Südwestafrikanischen Landwirtschaftsbank im Auge behalten. Daneben ging selbständig die Gründung eines privaten Kreditinstitutes für den städtischen Bodenkredit in Deutsch-Südwestafrika einher, das im laufenden Jahre in Tätigkeit getreten ist. Hervorzuheben ist noch die Schaffung von Spar- und Darlehnskassen für die Eingeborenen in unseren Schutzgebieten.

Die Kapitalinvestierung erfuhr einen Rückschlag gegenüber dem Vorjahr. Die an den Diamantenwerten erlittenen Verluste schreckten die Kapitalisten ab. Weiterhin war aber ein Wachsen des Interesses für Werte solider Pflanzungsgesellschaften zu beobachten. Wenn der Umsatz in kolonialen Wertpapieren trotzdem im ganzen zurückgegangen ist, so ist dies auch darauf zurückzuführen, daß die gewerbsmäßige Spekulation sich seit der großen Baisse in Diamantenwerten sehr zurückgezogen hat. Dafür hat sich erfreulicherweise der Kreis solider Reflektanten vergrößert, der gute Kolonialwerte zu dauernden Besitz erwirbt.

Bei der Frage einer möglichst rationellen, den praktischen Bedürfnissen der Kolonialwirtschaft Rechnung tragenden Gestaltung der Eisenbahntarife, die einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden soll, wird von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei den Eisenbahnen unserer Schutzgebiete die direkte Rentabilität zunächst nicht ausschlaggebend sein darf. In Neuländern wird man nicht bloß bei der Berechnung der Bauwürdigkeit einer Eisenbahn, sondern auch bei der Gestaltung ihrer Tarife die indirekte Rentabilität besonders berücksichtigen müssen.

Hat sich die Landwirtschaft der Eingeborenen im wesentlichen in den überkommenen Grenzen gehalten, so ist bei der europäischen Plantagenwirtschaft vielfach ein reger Fortschritt zu verzeichnen. In Deutsch-Ostafrika ist besonders die günstige Entwickelung der Kautschukpflanzungen bemerkenswert, während die Baumwollplantagen noch ungünstige Ergebnisse hatten. Es dürfte dies in der Hauptsache auf die Wahl ungeeigneter Böden und Sorten zurückzuführen und deshalb für die Zukunft ein besseres Ergebnis zu erwarten sein. Auch die Kaffeeproduktion in Deutsch-Ostafrika hat große Schwierigkeiten überwinden müssen, bevor sie sich, wie dies im Berichtsjahre der Fall war, günstiger zu entwickeln begann.

Die Farmwirtschaft in Deutsch-Südwestafrika, die im Jahre 1911 durch Trockenheit ungünstig beeinflußt war, hat sich im Laufe des Jahres 1912 von dieser Schädigung erholt. Die Vermehrung der Farmen durch Verkauf und Verpachtung von Regierungsland, sowie von Land der Gesellschaften, die beträchtliche Zunahme des Besitzes an Rindvieh und Schafen, besonders Wollschafen, die fortschreitende Ausdehnung des Anbaues von Feldfrüchten, Tabak, Obst und Wein, vielfach mit Hülfe künstlicher Bewässerung, lassen auf eine gute Lage der Farmwirtschaft im Berichtsjahre schließen.

Der Binnenhandel erhält von Jahr zu Jahr größere Bedeutung. In Deutsch-Ostafrika ist die beträchtliche Steigerung des Binnenhandels auch aus dem Ergebnis der Gewerbesteuer ersichtlich.

Der in der Handelsstatistik erfaßte auswärtige Handel der Schutzgebiete ist von 229 Millionen Mark im Kalenderjahre 1910 auf 240 Millionen Mark im Jahre 1911 gestiegen. Die Einfuhr stieg von 128 auf 142 Millionen Mark, während die Ausfuhr von 101 auf 98 Millionen Mark fiel. Der Rückgang der Ausfuhr ist vollständig durch die Minderung der Diamantenausfuhr von Deutsch-Südwestafrika und der Phosphatausfuhr von Deutsch-Neuguinea erklärt. Da diese beiden Ausfälle größer sind als der Rückgang der Gesamtausfuhr, so ergibt sich, daß die sonstige Ausfuhr zugenommen hat. Zu der bedeutenden Steigerung der Einfuhr haben gewiß die Eisenbahnbauten beigetragen, anderseits ist aber auch, wie z. B. in Togo, der Anteil der Eisenbahnbaumaterialien an der Einfuhr gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen.

Der Anteil Deutschlands am Gesamthandel der Schutzgebiete ist erfreulicherweise gestiegen, namentlich in Kamerun, wo fast die gesamte Zunahme des Handels auf den deutschen Anteil kam, ebenso in Deutsch-Ostafrika. Dagegen hat der deutsche Anteil am Einfuhrhandel von Togo einen beträchtlichen Rückgang, hauptsächlich infolge des Ausfalles von Eisenbahnbaumaterialien, erfahren. In Deutsch-Südwestafrika ist mit dem allgemeinen beträchtlichen Rückgang des Außenhandels auch der Anteil Deutschlands gegenüber dem Vorjahre erheblich geringer geworden. In Samoa fällt die Einfuhrzunahme fast ganz auf Australien, die Ausfuhrzunahme dagegen in der Hauptsache auf Deutschland. In Deutsch-Neuguinea schließlich hat der Anteil Deutschlands bedeutend zugenommen, was um so bemerkenswerter ist, als der Gesamthandel infolge des schon erwähnten Ausfalles in der Phosphatausfuhr abgenommen hat.

Die Finanzen der tropischen Schutzgebiete haben sich im Berichtsjahre in günstigem Sinne weiter entwickelt; die eigenen Einnahmen, Steuern, Zölle und sonstige Abgaben sind durweg, zum Teil erheblich, gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres, gestiegen. Der Fortschritt ist der günstigen wirtschaftlichen Entwickelung der genannten Schutzgebiete zu danken. In Togo ist es nicht ausgeschlossen, daß künftige trockenere Jahre einen vorübergehenden Rückschlag und damit auch eine vorübergehende Verschlechterung der Finanzlage bringen werden. In Kamerun beruht die Finanzwirtschaft zu einem sehr erheblichen Teil auf der etwas unsicheren Grundlage des Gummihandels; auch hier muß darum mit der Möglichkeit eines vorübergehenden Rückschlages gerechnet werden.

Die Finanzlage von Deutsch-Südwestafrika bietet kein so günstiges Bild. Hier ist ein Stillstand und Rückschritt bereits eingetreten. Die Diamantenausfuhrzölle haben das für 1911 erwartete Ergebnis nicht gebracht, da die Bruttoabgaben den Abbau der weniger wertvollen Felder hinderten und damit die Ausfuhr verringerten. Es steht zu hoffen, daß die Ersetzung der Rohabgaben durch eine Ertragssteuer wieder eine Besserung herbeiführen wird.

Deutsches Reich.

× **Die praktische Urbarmachung der staatlichen Hochmoore.** Wie wir hören, dürfte die Kreditvorlage, die im ganzen 25 Millionen für Kultivierungszwecke anfordert und worunter sich nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten 12 Mill. für die Urbarmachung der 16000 Hektar großen staatlichen Hochmoore in Ostfriesland befinden, noch im Laufe dieses Monats dem Landtage zur Beschlußfassung zugehen. Da die vorzunehmenden praktischen Arbeiten bereits jetzt nach Möglichkeit vorbereitet sind, so kann nach der Bereitstellung der Mittel durch den Landtag sofort an die praktischen Arbeiten zur Kultivierung herangegangen werden. Hierbei besteht die Absicht, die zu kultivierenden Hochmoore in Weiden zur Förderung der Fleischerzeugung umzuwandeln, während sie für Ansiedlungszwecke nicht inn Betracht kommen sollen. Die ostfriesischen Moorflächen, das Wiesmoor (zirka 7600 Hektar), das Koldrunger Moor (zirka 1500 Hektar), das Abelitzmoor (zirka 2000 Hektar) sowie das Königsmoor, Oberledigermoor und andere kleinere Moore eignen sich, wie die bisher angestellten Versuche ergeben haben, besonders gut zu einer derartigen Kultivierung. Das erzeugte Futter dürfte in seinem Nährstoffgehalt dem Heu der besten Naturwiesen nicht nachstehen, und bei guter Anlage und Pflege können zirka 70 bis 100 Doppelzentner Heu pro Hektar gewonnen werden. Einen Anhang für die Fleischerzeugung bilden auch die Ergebnisse, die man in den Hochmoorwirtschaften gemacht hat, die von Strafgefangenen urbar gemacht wurden. Man hat dort auf 80 Hektar durchschnittlich 26 Stück selbsterzeugtes Großvieh mit einem Durchschnittslebendgewicht von 520 Kilogramm erzielt. Das würde pro Hektar die Erzeugung von 1,69 Doppelzentner bedeuten. Der Nutzungswert einer Fläche von einem Hektar wird auf 120 Mark angenommen. Die praktischen Arbeiten sind infolge der vorgeschrittenen Technik verhältnismäßig einfach. Zuerst erfolgte Entwässerung und Dränierung, wobei zu beachten ist, daß eine zu starke Entziehung von Wasser vermieden werden muß. Dann kann sofort mit der Bearbeitung des Bodens das Säen einsetzen, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Nutzung der Weiden durch Vieh erfolgen kann. Man hat berechnet, daß innerhalb eines Jahres 900 bis 1000 Morgen kultiviert werden können. Das Weidevieh, für welches die Flächen bestimmt sind, soll durch Privatbesitzer gestellt werden, die dafür geringe Pacht zu zahlen haben. Man hat berechnet, daß die Kosten der Kultivierung eines jeden Hektar im Durchschnitt zirka 700 Mark ausmachen, was in keinem Verhältnis zu dem zu erzielenden hohen Nutzungswerte stehen dürfte.

⊙ **Fortschritte und Rückschritte unserer Ausfuhr im vergangenen Jahr.** Unsere Ausfuhr bewertete sich im verflossenen Jahre auf 9031 Millionen Mark, das ist eine Steigerung um 807 Millionen oder 9,8 Prozent. Die Einfuhr betrug 10673 Millionen Mark, sie ist mithin um 666 Millionen oder 6,8 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen. Von der Steigerung der Ausfuhr entfallen auf die landwirtschaftliche Gruppe insgesamt 41 Millionen Mark. Die Steigerung würde noch weit erheblicher sein, wenn nicht unser Zuckerexport um mehr als 80 Millionen zurückgegangen wäre. Auf Steinkohlen, Koks und Preßkohlen entfallen 107 Millionen von dem Ausfuhr-Mehr und 25 Millionen auf Edelmetalle. Die übrige Steigerung von 625 Millionen verteilt sich auf industrielle Fabrikate. Die wichtige Gruppe der Textilbranche hat zwar auch teilweise eine Steigerung der Ausfuhr aufzuweisen, aber in einzelnen Warengruppen ist auch ein erheblicher Ausfuhrrückgang zu verzeichnen. Die Seidenindustrie hat in Garnen und Zwirnen wie in gewebten und gewirkten Waren eine Zunahme der Ausfuhr, nur die halbseidenen Gewebe sind in ihrer Ausfuhr um mehr als 17 Millionen Mark zurückgegangen und zwar im Verkehr mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten. In der Wollindustrie zeigen zwei wichtige Warenklassen einen erheblichen Ausfuhrrückgang: das zweidrähtige Kammgarn um zirka 9 und die Kleiderstoffe um 11 Millionen Mark. Im übrigen hat sich unsere Wollwarenausfuhr durchgängig zwar auf der Höhe des Vorjahres gehalten, ohne indessen an der Steigerung des Exportes der meisten anderen Industriezweige teilzunehmen. Es wird der Nachforschung bedürfen, ob diese Verhältnisse überwiegend in der Verdrängung der Wolle durch die Baumwolle ihren Grund haben oder ob auch andere Ursachen vorliegen. Die Baumwollindustrie weist dagegen fast überall erhöhte Ausfuhrziffern auf; so Baumwollzwirn ½ Million, Velvet und Saint 3,8, Handschuhe 4,5, Strümpfe und Unterkleider je 2,8, Spitzenstoffe und gestickte Spitzen 6,6 und Stickereien sogar 11,3 Millionen Mark. Die Konfektion hat zwar ihre Ausfuhr etwas gesteigert, aber nicht sehr erheblich. Dagegen können die Leder- und Lederwaren-Industrie und die Kürschnerei auf einen sehr bedeutenden Mehrexport zurückblicken. Die chemische Industrie verzeichnet insgesamt eine Mehrausfuhr von 66 Millionen Mark. Auf dem Gebiete der Papierindustrie ist die Zunahme der Ausfuhr von Packpapier um 12,7 Millionen — das ist eine Verdoppelung gegen das Vorjahr — und von den Papierwaren um 4,5 Millionen hervorzuheben. Bei Druckpapier und Farbendruckbildern ist ein Rückgang von zusammen 4,4 Millionen zu verzeichnen. Sehr erheblich ist die Steigerung der Ausfuhr in Eisen und Eisenwaren gewesen, insgesamt 162 Millionen Mark. Kaum ein Gebiet der Eisenindustrie ist an dieser Steigerung unbeteiligt gewesen. Hervorzuheben ist die Exportsteigerung bei folgenden Gruppen: Roheisen 21, Eisengußwaren 5, Träger 10, Stabeisen 20, Rohbleche 10, Draht 5,5, Schienen, Schwellen und Laschen 11,5, Röhren 15, Waren aus schmiedbarem Eisen 13, Werkzeuge 6 und Messerschmiedwaren 4 Millionen Mark: daran sind fast alle Gruppen beteiligt. Schließlich weist auch die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen einen Zugang von 25 Millionen auf.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

△ **Wien**, 7. Febr. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Bugatto in betreff der Vergebung von Lieferungen für die österreichisch-ungarische Marine an Hamburger und Kieler Firmen erwiderte heute der Marinekommandant Graf Montecuculi in einem Schreiben an den genannten Abgeordneten, daß die Verhandlungen wegen Vergebung der Lieferung an die Hamburger Firma bereits im Zuge seien, daß es also in diesem Falle der Forderung des Abgeordneten willfahren könne, um so mehr, als er auch die billige Offerte der Hamburger Firma aus Gründen der Schonung der Steuergelder bevorzugen zu müssen glaubt habe. Weiter wird in der Zuschrift auf eine geringere Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden österreichischen Werften verwiesen. — Wie bekannt, hat die österreichisch-ungarische Marineverwaltung bei Kieler Werften bereits 5 Unterseeboote bestellt.

Wien, 8. Febr. Da Graf Berchtold infolge einer Erkältung das Zimmer hütet, konnte er an der Leichenfeier

---

16)

So hat sie Gott geschlagen.

„Ich weiß nicht — wo ist denn die Braut?"

Die Gäste sahen sich verlegen an, selbst Mali gelang es diesmal, ihr Lachen zu unterdrücken.

Der Pfarrer aber nahm lächelnd die Sache von der heiteren Seite. „Ja, ja, das machen die alten Augen und die dummen Brillengläser, daß man sich auf nichts mehr verlassen kann."

„Die Traudl wird gewiß gleich wiederkomemn," würgte Simon heraus, ohne an die Richtigkeit seiner Worte zu glauben.

Nun war es eingetroffen, was er schon immer gefürchtet.

Sein erster Gedanke war an den Valtl.

Er hatte wohl erfahren, wie man Traudls Namen mit seinem und dem des Hartel zusammengebracht, und daß der Bursche plötzlich lebend in der Gegend wieder aufgetaucht, hatte ihn schon lange beunruhigt. Aber als ungeladener Gast konnte der sich unmöglich hier eingeschlichen, nicht in so schroffer Weise gegen Sitte und Brauch verstoßen haben, und so verstärkte sein früherer Verdacht sich rasch zur Gewißheit.

„Himmellaudon — jetzt haben mir die Herrgottssakramenter, die verdammten — mein Weib gestohlen!" wetterte er, sich selbst und jede Rücksicht vergessend.

Das freundliche Gesicht des Pfarrers wurde streng.

„Simon, Simon, solch harmloser Scherz ist doch kein Grund zu so gotteslästerlichem Fluchen. Ihr verkehrt den Scherz in bitteren Ernst, und ich fürchte immer, daß unser Herr Euch für so sündige Angewohnheit noch einmal straft."

Der Getadelte wischte sich mit dem buntgeblümten Sacktuch den Schweiß von der Stirn. „Haltens zu Gnaden, Hochwürden, aber ein Scherz ist das net, wenn einem solch ein Spaß an die fünfzig Gulden und mehr kostet."

Blaß vor Ärger blickte er die Tafel entlang.

Jetzt erst bemerkte er, daß eine ganze Anzahl Gäste, die beim Eintritt des Pfarrers noch im Saale gewesen, fehlten.

Der Wildgruber war nicht ohne Grund verschwunden, und sicher waren auch die andern mit ihm im Bunde.

Auf — und sie finden! — Er hatte keinen anderen Gedanken. Je länger er säumte, desto mehr verpraßten die Unverschämten, die ihn zweifellos jetzt auch noch verlachten, auf seine Kosten! —

„Über's Gassel gehen!" Widerholt schon war der Ruf laut geworden.

Nachdem man den fünften Gang vertilgt, von dem die Gäste schon einen großen Teil in mitgebrachte Tücher eingepackt hatten, um ihn den Ihren mitzunehmen, glaubte man beim Bräuwirt genug getan zu haben.

Dauerte sonst solch ein oft aus 12 bis 15 Gängen bestehender Hochzeitsschmaus vom Mittag bis zum nächsten Morgen, so lagen hier die Verhältnisse anders. Da man der Trauung wegen das Mahl in Niederndorf hatte beginnen müssen, wollte man doch, womit schon im Schießhaus der Anfang gemacht war, auch die anderen Wirte der Gegend nicht zu kurz kommen lassen. Der Mühlgrabenerwirt mußte auf dem Heimweg besucht werden und beim heimischen Postwirt zu Erl wollte man den Schluß machen.

Das „Gassel", nach dem man sich zu sehnen begann, war also der drei Viertelstunden weite Weg nach Mühlgraben, wo die geschleckigen Dirnen auf Kaffee, Wein und süßen Kuchen rechneten, aber Simon Rainer hoffte schon dort der ihm angetanen Fopperei ein Ende machen zu können.

Auf der Straße ließen sich die Entflohenen wahrscheinlich noch einholen, vorausgesetzt, daß sie sich nicht in Niederndorf selbst verborgen hielten.

An der Tafel fehlten der Kirchenwart, der Kramer, der Schuster, Bader und Forstwart, sämtlich Bekannte und gute Freunde des Bubenauers, zu denen Wildgruber die Frau geführt haben konnte. Bei diesen also galt es zuerst Nachschau zu halten, und die von den Gästen, die sich nicht länger halten lassen wollten, traten einstweilen schon den Weg auf der Straße nach Mühlgraben an.

Die Mahnung des Pfarres hatte wenig genützt. Schon eine halbe Stunde später schlug Simon Rainer laut fluchend die gleiche Richtung ein. In allen Häusern, in denen er nachgesucht, hatten sich weder die verschwundenen Gäste, noch die geringste Spuren von der geraubten Traudl gefunden.

„Höllsakra, — so müssen's gleich nach Mühlgraben voraus sein und eine teure Zech' werden's zusammengebracht haben in der langen Zeit!" Die bald eingeholten Gäste stimmten ihm bei. „Weiter hat er ja überhaupt net kommen können," meinte der Lettenhofer Michel.

„Es müßte ihm denn einer, wo vorher drum g'wußt hat, Pferd und Wagen verschafft haben."

Die Bemerkung des Fährmanns fand wenig Glauben. Den Bubenauer reizte sie sogar zum Spotte gegenüber seinem eigenen Sohn.

Sein besonderer Geschmack war diese Heirat nie gewesen, und nachdem er sich auf Simons Drängen vom Trockenbacher hatte überreden lassen, bereute er um Traudls willen seine Einwillioung schon lange wieder. Die arme Dirn tat ihm aufrichtig leid, denn daß sie den Simon nur gezwungen nahm, pfiffen die Spatzen von den Dächern, und heimlich mußte er ihr sogar recht geben. Wäre er ein junges, lebensfrisches Mädel gewesen, das vielleicht gar das Bild eines andern im Herzen trug, er hätte den eigenen Buben auch nicht genommen, viel lieber noch den Wildgruber Thomas, der wenigstens Schneid und vor einem königlichen bayerischen Gamsbock nicht mehr Respekt hatte als vor einem seiner grünröckigen Hüter.

„Meinst net, Linus," äußerte er höhnisch, „daß sie mit der Equipasch auch gleich wie die noblen Herrschaften eine Hochzeitsreise angetreten haben? Dann hat halt mein Bub, der überall zu spät kommt, das Nachsehen."

Simon biß die Zähne zusammen. Um das Lachen, das die Worte seines Vaters hervorriefen, nicht zu hören, eilte er schneller vorwärts und erreichte als erster das Wirtshaus von Mühlgraben.

Die Tür zur Gaststube öffnend, atmete er erleichtert auf. Richtig, — da saßen sie!

Im dichten Tabaksqualm der Pfeifen erkannte er hinter den Bierkrügen den Kramer, Schuster und Jäger.

„So, — jetzt hab ich euch, — ihr spitzbübischen Brauträuber!" — Fast lustig rief es Simon, denn die Entdeckung, daß ihm der Streich gar nicht von Wildgruber, den er nirgends erblickte, gespielt war, stimmte ihn zum ersten Male am heutigen Tage wirklich froh.

„Weder die Räuber — nach die Braut!" tönte es ihm entgegen.

„Was, die Traudl ist nicht hier?" rief Simon mit plötzlich stockender Stimme.

„Keine Spur."

„Aber ihr seid's doch, die sie mir entführt haben!"

„Ist uns nicht eingefallen. Muß schon einer allein getan haben. Wir haben nur nimmer hocken und frische Luft schöpfen wollen, darum sind wir voraus. Aber nichts von einer Traudl ist da."

„Das ist nicht wahr!" stieß der Simon tonlos heraus.

„Such' sie doch selbst, wenn du uns nicht glaubst."

Eine Viertelstunde später hatte der verzweifelte Hochzeiter sich überzeugt, daß sie recht gehabt

Traudl war verschwunden.

Zur selben Zeit, als im Mühlgrabenwirtshaus der verärgerte Simon alle Zimmer vergeblich nach der Geraubten durchsuchte, stieß ein plumper, flachgebauter Holzkahn, wie ihn die mit der Sicherung der Ufer beschäftigten Flußarbeiter bei ihren Fahrten benutzten, unweit Erl an das dicht mit Weidengestrüpp bedeckte sumpfige Land.

Wildgruber reichte der herausspringenden Traudl die Hand. Die ihre fühlte sich kalt, fast leblos an.

„Gib acht, Hochzeiterin, daß du dein helles Brautkleid nicht beschmutzt."

„Was liegt mir daran. Wir ist's, als müßt' heut alles beschmutzt werden, was mir heilig gewesen ist. O — so eine Hochzeit!"

Der verächtliche Trotz, der aus den ersten Worten geklungen, wandelte sich in weiche, schmerzliche Klage. Nur mit Mühe schien sie die Tränen zu unterdrücken.

„Pfui! — Wer wird denn flennen! — Kopf hoch, junge Frau!"

„Hätt' ich nur ledig bleiben können!"

Der Student war kein Freund von Tränen. Rasch zog er sie über den morastigen Boden fort.

„Jetzt haben wir einen Vorsprung, den sie sobald nicht einholen," lachte er, „und der Postwirt muß uns den teuersten Wein bringen. Der Bubenauer hat die größte Freude dran, nur weil sein Bub sich darüber ärgert. Ein guter Einfall war's, den sie meiner Lebtag nicht erraten würden, gelt." Voll freudigen Stolzes war er auf seinen Gedanken und den gelungenen Streich.

Als er, die allgemeine Ablenkung durch den Eintritt des Pfarrers benützend, sich rasch mit der ihm willenlos folgenden Traudl entfernt hatte, wußte er anfangs selbst nicht, wohin. Da, zunächst gegen das Zollhaus vorschreitend, hatte er am Ufer den Nachen der Flußarbeiter entdeckt, seine Begleiterin in den Kahn gehoben, rasch das Seil gelöst und mit der vorgefundenen Stange geschickt das Fahrzeug dem Ufer entlang durch die reißend schnell abwärts eilenden Fluten des Innstromes gelenkt. Kaum zehn Minuten hatten sie zu dem Wege gebraucht, für den ein Fußgeher eine gute Stunde benötigte, und wenn, wie man annehmen durfte, die Verfolger sich noch längere Zeit in Mühlgraben verweilten, so war auf eine Entdeckung in der Post vorerst nicht zu rechnen.

(Fortsetzung folgt.)

für den verstorbenen Fürsterzbischof Nagl nicht teilnehmen. Aus demselben Grunde ist, wie das „Fremdenblatt" meldet, die Nachricht unrichtig, Graf Berchtold sei gestern vormittag zu einer Audienz beim Kaiser erschienen.

Frankreich.

Paris, 7. Febr. Anläßlich der kürzlich verbreiteten Meldung, daß England in der Frage der Internationalisierung Tangers Sonderbestrebungen zum Nachteil Frankreichs verfolge, wird in einer offiziösen Meldung erklärt, daß die Meinungsverschiedenheiten, welche gegen das künftige Gemeindestatut von Tanger zwischen der französischen und der englischen Regierung aufgetaucht waren, nunmehr beigelegt seien. So hätten sich die beiden Regierungen sowohl über die Stellung des Vertreters des Sultans im internationalen Überwachungsausschuß, wie über die Zusammensetzung der Wahlkörper geeinigt, die den Gemeinderat von Tanger zu wählen haben werden. Die gemischte französisch-spanische und englische Kommission, die das Gemeindestatut von Tanger feststellen soll, wird demnächst in Madrid von neuem zusammentreten und zweifellos zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Febr. **(Drahtb.)**

Am Bundesratstische Staatssekretär Lisco und Unterstaatssekretär Wahnschaffe.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die Etatsberatung wird beim

Justizetat

fortgesetzt.

Hierzu liegen zwei Resolutionen vor. Das Zentrum verlangt Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, die Nationalliberalen die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch den Gemeinden und anderen Kommunalverbänden im Staate und Reich bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken ein kurzfristiges Vorkaufsrecht eingeräumt wird.

Vor Beginn der Debatte erklärt Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Zu meinen gestrigen Ausführungen hier im Reichstage habe ich folgendes zu erklären: Die Ausführungen, die ich in der zweiten Sitzung vom 16. Januar über die Stellung des Staatssekretärs des Innern zur Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie gemacht habe, sind dahin aufgefaßt worden, daß ich dem Reichskanzler und dem Staatssekretär Mangel an persönlichem Mut vorgeworfen hätte. In meiner Absicht hat das nicht gelegen. Beiden Herren habe ich unter dem Ausdruck des Bedauerns über das entstandene Mißverständnis eine entsprechende Erklärung abgegeben und ich stelle dies auch gegenüber der Öffentlichkeit fest. (Beifall rechts, Heiterkeit links.)

Die Debatte beginnt beim Gehalt des Staatssekretärs (44 000 Mark.)

Abg. Dr. **Cohn**-Nordhausen (Soz.): Wir halten es für notwendig, das Gemeinschuldverfahren neu zu regeln. Es ist nicht zu bestreiten, daß das Konkursverfahren in seiner jetzigen Gestalt große Schäden an sich hat, die sich namentlich in den Großstädten bei den Ausverkäufen und den damit verbundenen Wertherabsetzungen in großem Maße zeigen. Schwere Schäden finden sich auch auf dem Gebiete des Koalitionsrechts. Graf von Westarp hat gestern das Lied vom braven Arbeitswilligen gesungen, der durch den bösen sozd. Terroristen an der Ernährung seiner Familie gehindert werde. Die wahre Natur dieser Elemente ist doch anders, als sie gemeinhin dargestellt wird. Es sind meist minderwertige Leute, die unter behördlichem Schutz gewerbsmäßig das Amt des Arbeitswilligen bald hier, bald dort versehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Das hat sich sowohl in Moabit wie im Ruhrrevier gezeigt. Bei der Aburteilung von Arbeitern zeigt sich die Klassenjustiz in schlimmstem Maße. Bei Verfahren gegen ehrliche Arbeiter, die ihre Mitarbeiter ihrer Organisation zuführen wollen, wird stets der Erpressungsparagraph angewendet. Redner führt alsdann eine Reihe von Gerichtsurteilen an, aus denen er das Vorhandensein von Klassenjustiz herleitet. Er fährt dann fort: Eine Reform der Untersuchungshaft ist dringend geboten. Bei Massenprozessen wie im Ruhrrevier und in Moabit ist von einer Abtrennung des Verfahrens gegen Jugendliche von dem gegen die Erwachsenen nichts zu merken gewesen. Im Moabiter Prozeß ist beispielsweise die schwer hysterische Frau Reinhardt, die einen Polizeileutnant und sieben Schutzleute in die Flucht geschlagen hat, in Untersuchungshaft genommen worden, aus der sie bis heute nicht entlassen ist. Derartiges ist unerhört. (Hört! hört!)

Vizepräsident Dr. **Paasche** ersucht den Redner, nicht auf derartige Einzelfälle einzugehen. (Zustimmung rechts und Widerspruch links).

Abg. **Cohn** (fortfahrend): Ein böses Kapitel ist auch das Spitzeltum und das damit in Verbindung stehende Kapitel des Lockspitzeltums. Tatsache ist, daß ein Polizeiassistent immer noch im Dienst ist, trotzdem ihm nachgewiesen wurde, daß er für seine Zwecke Steigerlisten stehlen ließ. Auch König Friedrich Wilhelm IV. hat sich der Lockspitzel bedient (Unruhe rechts), so daß man geradezu sagen kann, die Lockspitzel seien eine preußische Institution geworden. Das hat zur Folge, daß das Volk zu einer Rechtsprechung völlig das Vertrauen verliert, die sich derartiger unsauberer Mittel bedient. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Belzer** (Ztr.): Die Angriffe des Vorredners auf den Richterstand gingen zu weit. Er brachte viele Fälle vor, die den Anschein erwecken könnten, als ob wir eine Verbrechergenossenschaft als Richter und Staatsanwälte hätten. Diese übertriebenen Angriffe weise ich entschieden zurück. Durch die Erhöhung der Revisionssumme dürfte einer dauernden Überlastung des Reichsgerichts vorgebeugt sein. In dieser Beziehung muß der Grundsatz gelten: Eine gute Rechtspflege kann immer nur eine schnelle Rechtspflege sein! Die geisteskranken Verbrecher, die heutzutage frei herumlaufen, sind geradezu eine Gefahr für die Gesellschaft und die öffentliche Sicherheit geworden; diese Frage müßte noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches erledigt werden. Die Ankündigung eines Gesetzes gegen den Schmutz in der Literatur und gegen die Auswüchse in der Kinematographie begrüßen wir dankbar. Eine genaue Gebührenordnung für Rechtsanwälte wie auch eine Revision der Gebühren für Zeugen und Sachverständige muß schleunigst verlangt werden. Die Hinzuziehung von Sachverständigen in Literaturprozessen muß eingeschränkt werden. Auch jetzt muß ich wieder anfragen, wann wir endlich ein Spionagegesetz bekommen. Ob wir der nationalliberalen Resolution zustimmen werden, kann ich noch nicht sagen. Wir haben große Bedenken, den Gemeinden, dem Staate und dem Reiche ein derartiges Recht einzuräumen; wir wollen erst die Begründung der Resolution durch den nationalliberalen Redner abwarten. Dagegen verlangen wir einen gesetzlichen Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses. Durch diese Resolution hoffen wir dem hilfsbedürftigen Mittelstande helfen zu können; ich bitte deshalb um einmütige Annahme dieser Resultion. Die Urteile gegen Streikende sind oft zu hart. Wenn man aber von einer Klassenjustiz spricht, so urteilt der betreffende Redner hier leicht aus dem Milieu heraus, in dem er sich befindet. Ich bitte nochmals den Staatssekretär, uns Auskunft über den Prozeß Eulenburg zu geben. Die deutsche Rechtsprechung muß auch fernerhin vorbildlich bleiben. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär **Lisco**: Fürst Eulenburg ist wiederholt, zuletzt im Dezember vorigen Jahres, auf seinen Gesundheitszustand untersucht worden. Diese Untersuchung hat ergeben, daß Fürst Eulenburg bis jetzt nicht verhandlungsfähig ist; sein Zustand wird dauernd kontrolliert, und wenn eine Besserung in seinem Zustande eintritt, wird die Verhandlung stattfinden. (Lachen.) Die Behauptung des Abg. Cohn, daß bei uns eine Klassenjustiz herrsche und daß die Richter nur ausführende Organe der Verwaltungsbehörden seien, muß ich mit tiefer Entrüstung zurückweisen. Abgesehen von gewissen Kreisen herrscht im Volke noch Vertrauen zu unseren Gerichten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Soz.) sind nicht die alleinigen Vertreter des deutschen Volkes, zum Volke gehören auch wir! (Bravo! rechts.) Daß der Abg. Cohn die Gelegenheit benutzt hat, um über einen früheren Träger der preußischen Krone Ausdrücke zu gebrauchen, wie wir sie mit anhören mußten, darüber kann ich nur mein tiefstes Bedauern aussprechen. Über die Einführung eines Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses hat mein Amtsvorgänger eine Denkschrift vorgelegt, die zur Ablehnung des Antrages führte. Gleichwohl bin ich zu erneuter Prüfung dieser Frage bereit, wenn ich auch erhebliche Bedenken habe. Verhandlungen über ein Wechselrecht sind im Gange. 20 Staaten haben die Konvention bereits unterzeichnet. Eine Revision der Gebührenordnung für Rechtsanwälte steht bevor. Noch in dieser Session wird Ihnen eine Revision der Sachverständigen- und Zeugengebührenordnung zugehen, die namentlich eine Erhöhung der Sachverständigengebühren bringen wird. Eine erhebliche Verschärfung des Spionagegesetzes ist ausgearbeitet. Wann die Bearbeiten aber beendet sein werden, ist noch nicht abzusehen. Die Beschäftigung der Zivilsenate beim Reichsgericht ist immer noch nicht geringer geworden, die der Strafsenate nimmt ebenfalls immer noch zu. Ich bitte deshalb, mir nicht, wie beabsichtigt wird, die Umwandlung der einen Hilfsrichterstelle in eine Reichsanwaltstelle abzulehnen.

Abg. **Schiffer-Magdeburg** (natl.): Im letzten Punkte stimme ich dem Staatssekretär voll zu. Die Klagen über die Klassenjustiz hören sich heute von den Sozialdemokraten schon ganz anders an als früher. Sie bestreiten heute nicht mehr, daß die Richter strengstes Pflichtbewußtsein haben und danach streben, unparteiisch zu urteilen. Auch sozialdemokratische Richter würden Klassenjustiz treiben, nämlich eine proletarische. Daß unsere Justiz Mängel hat, ist nicht zu bestreiten. Luft und Licht muß in das Gebäude des Rechts hineingebracht werden, damit sich das Volk wieder zurechtfindet. (Sehr wahr!) Eine Verschärfung des Rechts hinsichtlich des Verbots des Streikpostenstehens wäre unmöglich und schließlich auch ohne Ergebnis. Die Reform der Zivilprozeßordnung sollte nicht unnötig verzögert werden. Einzelne Punkte schreien geradezu nach einer Revision. Wir, die wir an dem Prinzip der geheimen Wahl festhalten, müssen verlangen, daß die Möglichkeit verschwindet, daß im Rechtswege nachträglich festgestellt werden kann, für wen ein Wähler seine Stimme abgegeben hat. Dieses Prinzip darf auch durch die Justiz nicht durchlöchert werden. Der Schutz gegen verbrecherische Irre muß verschärft werden. Es ist zu erwägen, ob nicht die Regelung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Ehre der allgemeinen Revision des Rechts vorweggenommen werden kann. Im Grundstücksverkehr bestehen unzweifelhaft Mißstände. Das Recht versagt oftmals. Unsere Resolution will diesen Mißständen begegnen.

Abg. **Holtschke** (kons.): Auch ich muß namens meiner Freunde Protest einlegen gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Cohn, soweit er das Andenken eines preußischen Königs herabzusetzen suchte. Für die nationalliberale Resolution vermögen wir uns nicht zu entscheiden. Wir sind der Meinung, daß man weiten Teilen unseres Volkes mit einem derartigen Vorkaufsrecht keinen Gefallen tut. Die Vorwürfe des Dr. Cohn gegen die Richter, daß sie Klassenjustiz trieben, muß ich mit aller Entschiedenheit als gänzlich unzutreffend zurückweisen.

Wir müßten nach wie vor daran festhalten, daß für gewisse Verbrecher die Prügelstrafe eingeführt wird, insbesondere gegenüber den Zuhältern. Dieser Gesellschaft gegenüber sollten alle anständigen Elemente zusammenhalten und wir sollten in dieser Frage dem Beispiele Englands folgen. (Beifall rechts.)

Abg. **Barmuth** (Hosp. der Reichsp.): Das Recht der Hypothekengläubiger muß mehr geschützt werden, als es durch die bisherige Gesetzgebung geschieht. Wir verlangen deshalb, daß das Bürgerliche Gesetzbuch und das Zwangsversteigerungsgesetz dahin geändert werden muß, daß die Verfügung über den Miets- oder Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber nur wirksam ist, soweit sie sich auf den Miets- oder Pachtzins für das zurzeit der Beschlagnahme laufende Kalendervierteljahr bezieht. Ich bitte um Annahme unserer dahingehenden Resolution. Ebenso müssen die Löhne und Pensionen der Arbeiter und Angestellten gegen Beschlagnahme mehr geschützt werden, als es bisher möglich war. Der nationalliberalen Resolution, die mit dem Wust polizeilicher Vorschriften ausräumen will, stehen wir sympathisch gegenüber.

Der Vorwürf, daß die Richter Klassenjustiz treiben, weisen wir zurück. Er entspricht dem allgemeinen Hasse der Sozialdemokratie gegen unsere bürgerliche Gesellschaft. Die Presse sollte sich hüten, durch ausführliche Schilderung von Kapitalverbrechen den Verbrechern einen gewissen Glorienschein zu verleihen.

Abg. **Vietmeyer** (Wirtsch. Vgg.): Es muß zugegeben werden, daß unter den Millionen von Urteilen auch solche vorkommen, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht entsprechen. Daraus aber auf eine Klassenjustiz zu schließen, wäre vollkommen ungerecht. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Richter nicht bis in das hohe Greisenalter hinein im Amte bleiben. Es laufen so viele junge Assessoren herum, die gerne ins Amt kommen möchten.

Abg. **Haegy** (Els.-Loth.): Im allgemeinen ist in Elsaß-Lothringen das Vertrauen der Bevölkerung zur Justiz wesentlich besser geworden. Die Verurteilung Wetterlés wegen Preßvergehens zu 2 Monaten Gefängnis ist allgemein als zu schwer empfunden und als eine Rancune gegen den Angeklagten aufgefaßt worden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt. Vorher Wahlprüfungen und Rechnungssachen.

Schluß 5 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. Febr. **(Drahtb.)**

Präsident Graf **von Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11, Uhr 15 Min.

Die zweite Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel Medizinalwesen:

Abg. **von der Osten** (kons.): Auch wir wünschen die Besserstellung der Krankenschwestern, die sich ihrem schweren Beruf aus Nächstenliebe widmen. Der Geburtenrückgang ist nicht zurückzuführen auf schlechtere Lebenshaltung, wie die Sozialdemokraten behaupten, denn die Lebenshaltung hat nicht eine sinkende, sondern eine steigende Tendenz. Ich bin mit dem Abg. Mugdan derselben Meinung, daß die Frage nicht schlechtweg mit kurzen Worten abgetan werden kann. Die Frage sollte nicht vom Parteistandpunkt, sondern vom nationalen Standpunkt betrachtet werden, vom Standpunkt Friedrich Wilhelms I., der sagte: „Menschen erachte ich als den größten Reichtum einer Nation." Die Statistik zeigt, daß die Bevölkerungsabnahme in den letzten 30 Jahren in allen Ländern ein schnelles Tempo einschlug. Die Bevölkerungsabnahme in den Städten ist viel größer als auf dem Lande. In der Provinz Westpreußen werden verhältnismäßig doppelt so viel Kinder geboren als in Berlin. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die Geburtenziffer in Berlin schneller gesunken ist als die Sterbeziffer. Es ist merkwürdig, daß der Geburtenrückgang gerade in denjenigen Kreisen, wo hauptsächlich sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, besonders deutlich bemerkbar ist. Durch die Statistik ist festgestellt, daß der Geburtenrückgang in denjenigen Kreisen größer ist, wo die Religion den Boden verlor, als dort, wo die religiösen Einwirkungen noch nicht so stark zurückgingen. Schon in den Schriftwerken der alten Völker tauchte die Frage auf, wie dem Geburtenrückgang vorzubeugen sei. Wir erwarten eine Besserung von der größeren sozialen Fürsorge, der Förderung des Wohnungswesens und der inneren Kolonisation. Der Leipziger Ärzteverband sollte sich doch überlegen, ob nicht seine Forderungen den Interessen der Allgemeinheit widersprechen. Die Bestrebungen des Verbandes sind auf Unterdrückung der freien Persönlichkeit gerichtet. Der Kollektivvertrag bedeutet für die auf die Krankenkassen angewiesenen Ärzte einen Koalitionszwang. Die Verhandlungen im Reichsamt des Innern sind leider gescheitert, es besteht aber die Hoffnung, daß die im Ministerium des Innern fortgesetzten Verhandlungen wenigstens zu einer lokalen Verständigung führen. Möge der Minister auf die freie Entwicklung der Ärzte Bedacht nehmen und en jetzigen Konflikt durch energische Initiative gegenüber dem Leipziger Verband zur endgültigen Lösung bringen.

Abg. **Borster** (freikons.) — auf der Tribüne sehr schwer verständlich — schließt sich im allgemeinen bezüglich des Vorgehens gegen den Leipziger Ärzteverband dem Vorredner an.

Abg. **Wagner** (freikons.): Die Hebammen müssen besser gestellt werden, es muß ihnen ein Mindesteinkommen gewährleistet werden. Die Tuberkulose ist infolge der energischen Gegenmaßnahmen seit dem Jahre 1891 in erfreulicher Weise zurückgegangen. Wir treten entschieden für die Aufrechterhaltung des Impfzwanges ein. Die Prostitution entspringt in den meisten Fällen nicht der Not, sondern der Vergnügungssucht und dem Bestreben, leichter Erwerb zu finden. Der Geburtenrückgang ist hauptsächlich in sozialdemokratischen Kreisen zu beobachten. Zur Verringerung der Kindersterblichkeit würde es beitragen, wenn die Mütter sich bestrebten, ihre Kinder möglichst selbst zu stillen.

Abg. **Mugdan** (Fortschr. Vpt.): Die Reden der Abgg. Borster und von der Osten haben nicht dazu beigetragen, den Frieden zwischen dem Leipziger Ärzteverbande und den Krankenkassen zu fördern. Man kann es den Ärzten nicht verdenken, daß sie nicht Kassenärzte sein wollen, wenn ihre im Interesse des Staates und der Volkshygiene erhobenen Forderungen nicht erfüllt werden. In Köln konnte schon längst Friede sein, aber da waren es nicht Ärzte, die die Volkshygiene vernichten wollten. Eine Bekämpfung der Seuchen wird nur möglich sein, wenn die freie Ärztewahl noch weiter ausgedehnt wird.

Man verwies auf Köln. Dort sperrte man mehr als 100 Ärzte, die bis dahin Kassenärzte waren, einfach aus, weil sie nicht mit vorbestraften Kollegen zusammensitzen wollten. Wenn sich die Ärzte gegenüber einem derartigen Vorgehen wehren, ist das ihr gutes Recht. Der Streit hätte beendet werden können, wenn der Verband, dem der Abg. Borster angehört, wollte. Es wird auch in Köln wahrscheinlich zum Frieden kommen. Ich bin seit Jahren ein Vorkämpfer der freien Ärztewahl. Daß sie sich bewährt, zeigt die Stadt Berlin. Aber nicht überall ist es möglich, die freie Ärztewahl durchzuführen. Die freie Ärztewahl ist notwendig wegen des Vertrauens des Kranken zu seinem Arzt. Wenn der Kranke Vertrauen hat, ist schon ein guter Teil der Arbeit getan. Die Ärzte haben in erster Linie nicht die Interessen der Krankenkassen, sondern die der Patienten wahrzunehmen. Die Durchführung der Vorschläge der Krankenkassen würde eine Verschlechterung der medizinischen Wissenschaft zur Folge haben. Die Verbesserung der Lage des Krankenpflegepersonals muß uns allen am Herzen liegen. Der verstorbene Ministerialdirektor Althoff beschäftigte sich schon vor langer Zeit mit der Frage der Versicherung des Krankenpflegepersonals, aber die Mühlen der Regierung mahlen recht langsam. Die Krankenpflege der katholischen Kirche hat einen großen Vorsprung, aber auch die evangelische Krankenpflege ist vorzüglich. Ich will die religiöse Krankenpflege nicht entbehren, sie reicht aber nicht aus. Wir brauchen aber auch ein weltliche Krankenpflege. Man darf die Krankenpflege nicht mit anderen weltlichen Berufen gleichstellen. Gerade deshalb muß durch staatliche Gesetzgebung den Krankenpflegern geholfen werden.

Die Organisation der Krankenpflegerinnen sollte man sich auch für den Kriegsfall zu Nutze machen.

Abg. **Ströbel** (Soz.): Es handelt sich bei dem Vorgehen des Leipziger Ärzteverbandes tatsächlich um die Absicht eines Generalstreiks. Der Ärztewiderstand gegen die Krankenkassen war berechtigt. Von einem fiskalischen Standpunkte der Kassenverwaltungen kann nicht die Rede sein. Wenn die Ärzte eine anständige Bezahlung verlangen können, muß dasselbe auch von den Krankenschwestern gelten. In dem Geburtenrückgang macht sich ein gewisses Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl geltend. Man kann da nicht von einem kulturellen Niedergang sprechen. Der Geburtenrückgang kann nur durch eine Hebung der breiten Massen der Bevölkerung beseitigt werden.

Abg. **Schmedding** (Ztr.): Damit nicht aus unserem Schweigen Folgerungen gezogen werden, möchte ich ausdrücklich bemerken, daß wir den Standpunkt des Herrn Ströbel nicht teilen. Nach unserer Meinung kommt es in der Frage des Geburtenrückganges nicht nur auf die materiellen, sondern auch auf die ethischen Interessen an.

Bei den Ausgaben für die Versuchs- und Prüfungsanstalt für die Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung bemerkte

Abg. **Gottschalk**-Solingen (natl.): Bei der Untersuchung der Verhältnisse an der Wupper habe die Anstalt festgestellt, daß von der Industrie viele Abwässer ungeklärt in die Flüsse geleitet werden. Leider lasse die Behörde dies Gutachten unbeachtet. Wo offenbare Mißstände vorliegen, müssen die Behörden aus eigener Initiative eingreifen.

Ein **Regierungskommissar** erklärte, daß schon seit Jahren an der Beseitigung der Übelstände an der Wupper gearbeitet worden sei.

Abg. Dr. **König** (Zentr.) bemängelt die geringe Besoldung der Chemiker dieser Anstalt. Diese Chemiker seien schlechter gestellt, als die Nahrungsmittelchemiker. Es müsse verhindert werden, daß die besten Kräfte in die Privatindustrie übergehen.

Ein **Regierungskommissar** bemerkt, daß im Ressort des Innern nur wenig Chemiker beschäftigt würden, und daß deren Lage in den letzten Jahren schon wesentlich verbessert worden sei.

Bei den „Ausgaben für Medizinaluntersuchungsämter" wünscht

Abg. **Wollkowski** (kons.) den Ausbau des Medizinaluntersuchungsamtes in Danzig zu einem hygienischen Institut.

Bei den „Kosten der amtlichen Apothekenbesichtigungen" bespricht

Abg. **Frank** (Zentr.) die Frage der Apothekenkonzessionen und die Vorbildung der Apotheker.

Minister **v. Dallwitz**: Die Vorbildung der Apotheker ist Sache des Reiches, während die Regelung des Apothekenwesens der Landesgesetzgebung überlassen bleiben muß.

Es hat sich herausgestellt, daß auch das Ärztewesen reichsgesetzlich geregelt werden muß. Es schweben Verhandlungen darüber, wie diese beiden Gebiete abzugrenzen sind.

Abg. Dr. **Wolff-Gorki** (kons.) tritt für eine energische Bekämpfung der Granulose ein.

Ministerialdirektor **Kirchner**: Die Granulose wird seit Jahren mit erheblichen Mitteln und mit gutem Erfolge in Ostpreußen bekämpft.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Rest des Etats des Ministeriums des Innern erledigt.

Es folgt die Beratung des

Etats der Bauverwaltung.

Abg. **Gottschalk** (kons.) wünscht die Herabsetzung der Tarife für fiskalische Fähren.

Ministerialdirektor **Peters**: Die Regelung dieser Tarife ist Sache der Strombauverwaltung. Mit dem gesteigerten Verkehr auf de Dortmund-Ems-Kanal hielten die Einnahmen nicht gleichen Schritt. Es ist aber ein großes Glück, daß wir den Kanal haben; sonst würde die Eisenbahnkalamität im vorigen Herbste noch größer gewesen sein.

Abg. **Schmedding** (Zentr.): Der Bauetat gibt ein erfreuliches Bild über die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns zurzeit befinden. Ihnen haben wir es zu verdanken, daß die Einnahmen um anderthalb Millionen höher etatisiert werden können, als 1911. Allerdings sind wir noch lange nicht so weit, daß die Einnahmen die Ausgaben der Bauverwaltung decken. Die Ausgaben erfordern noch einen Gesamtzuschuß von 43 701 505 Mark, wobei herzuheben ist, daß für extraordinäre Bauten — im ganzen 84 Positionen — fast 3 Millionen mehr ausgeworfen werden konnten. Jenes erfreuliche Bild tritt uns auch entgegen in den verschiedenen Statistiken über den Verkehr und die Einnahmen auf den verschiedenen preußischen Wasserstraßen, die von der Regierung der Budgetkommission vorgelegt worden sind. Diese Statistiken geben im ganzen ein erfreuliches Bild über die Handels- und Verkehrsverhältnisse des Jahres 1911.

Was freilich insbesondere den Dortmund-Ems-Kanal anlangt, so haben sich hier die Verhältnisse nicht so günstig entwickelt, als man nach den drei vorangegangenen Jahren hätte erwarten dürfen. Denn während auf ihm befördert worden sind im Jahre 1909 495 Millionen Tonnen, 1910 619 Millionen Tonnen und 1911 sogar 773 Millionen Tonnen, stieg der Verkehr im Jahre 1912 nur um 20 Millionen Tonnen, also nur auf 793 Millionen Tonnen. Immerhin noch eine Steigerung. Leider ist hiermit nicht auch eine Steigerung der Einnahmen verknüpft gewesen. Im Gegenteil: hier ist ein Ausfall von 60 000 Mark zu verzeichnen, in dem gegenüber den im Jahre 1911 eingenommenen 674 000 Mark im Jahre 1912 nur 614 000 Mark an Kanalabgaben eingenommen worden sind; also eine Mindereinnahme von 60 000 Mark.

Die Erklärung liegt im wesentlichen in zwei Ursachen: einmal in der Frostperiode des vorigen Winters, die auf 38 Tage den Verkehr hinderte; dann aber und ganz besonders darin, daß im Verkehrsjahre auf den Staatseisenbahnen eine Frachtermäßigung für Futtermittel gewährt wurde, wodurch es möglich ist, daß die Interessenten über Bremen, Lehe und holländische Häfen diese Futtermittel billiger beziehen konnten, als über Emden und den Kanal. Während 1911 405 000 Tonnen Getreide bergwärts gefahren sind, brachte das Jahr 1912 nur 187 450 Tonnen Getreide, also nicht die Hälfte. Da aber das Getreide bis zum Spätherbste 1912 zum höchsten Tarifsatze auf dem Kanal gefahren worden ist, so ist es selbstverständlich, daß mit dem Nachlassen des Getreideverkehrs die Einnahmen eine starke Einbuße erleiden mußten. Hierin wird auch für das Jahr 1913 noch keine Änderung eintreten, da es auch jetzt — nachdem die Kanalgebühren für Getreide ermäßigt wurden bis zum 31. Dezember 1913 — immer noch vorteilhafter ist, über holländische Häfen und Bremen Futtergetreide zu beziehen.

Hier und dort leiden nicht nur die Spediteure an den Kanalumschlagsplätzen und die von ihnen beschäftigten Arbeiter, sondern auch die Hafenstädte am Kanal, die genötigt sind, die zur Verzinsung und Tilgung der zur Herstellung der Häfen aufgenommenen Anlagekapitalien erforderlichen Summen auf die Steuern zu schlagen. Die Veranlassung zu der Ermäßigung der Eisenbahntarife ist mir wohl bekannt, und ich bin weit davon entfernt, die getroffenen Maßnahmen zu verurteilen. Ich konnte aber nicht umhin, auch auf die Kehrseite der Ermäßigungen besonders aufmerksam zu machen.

Mag im übrigen auch, wie gesagt, der Kanalverkehr etwas hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein, so wird man doch über die genannten Verkehrszahlen des Gedankens sich nicht erwehren können: Es ist ein Glück, daß wir den Kanal besitzen. Man mag es sich nicht ausmalen, wie viel schlimmer die Verkehrsstockungen auf den Eisenbahnen im vorigen Herbste geworden sein würden, wenn wir die Ableitung im Kanal nicht besessen hätten. Darum ist es auch erfreulich, daß der Etat beträchtliche Summen für den Ausbau der Weser (als erste Rate 300 000 Mark) und für die Fortsetzung der Main-Kanalisierung 100 000 Mark vorsieht. Meine Freunde billigen insbesondere, daß die letztere nicht davon abhängig gemacht ist, daß die Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein zur Einführung gebracht werden. Sowohl die preußischen Interessen als auch billige bundesfreundliche Rücksichtnahme auf Bayern gebieten hier, nicht länger zu warten. Wir sind uns hierbei bewußt, daß wir mit diesem Ausbau des Mains eine gewisse Waffe aus der Hand geben gegenüber den Holländern. Allein das kann uns nicht veranlassen, der nötigen Verbesserung des Mains zu widerstehen. Wir hoffen aber, daß der Herr Minister alle sonst noch übrig bleibenden Mittel um so kräftiger und energischer benutzt, um den Widerstand Hollands zu beseitigen. Sollen die Kanäle auch in Zukunft nach der Richtung, daß sie den Verkehr von den Eisenbahnen ableiten, gute Dienste leisten, so ist es dringend erforderlich, daß sie von vornherein entsprechend und vernünftig eingerichtet werden. Es hat keinen Zweck, jetzt auf die Abmessungsverhältnisse des Kanals von Herne bis zum Rhein zurückzukommen. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob es zweckmäßiger gewesen wäre, für größere Fahrzeuge Raum zu schaffen. Aber in diesem Zusammenhange wären andere Anregungen wohl am Platze, die in der Budgetkommission auch zur Sprache gebracht worden sind.

Der im Jahre 1905 aufgestellte Entwurf für die Kanalisierung der Lippe von Wesel bis zum Dortmund-Ems-Kanal geht im wesentlichen von der Benutzung des Lippe-Flußbettes aus. Aber schon bei den Verhandlungen in der Kanalkommission wurde erwogen, ob es nicht zweckmäßiger sei, einen Seitenkanal zu bauen. Zu einem abschließenden Urteil kam man damals nicht. Infolgedessen bewilligte das Gesetz vom 1. April 1906 unter 1 d die Mittel „für die Kanalisierung der Lippe oder die Anlage von Lippe-Seitenkanälen von Wesel bis zum Dortmund-Emshäfenkanal bei Datteln". Das Gesetz gibt also der Königl. Staatsregierung die Entscheidung anheim, ob sie die Lippe selbst kanalisieren oder Seitenkanäle erbauen will. Auf Grund dieser Befugnis hat nun die Kgl. Staatsregierung bereits für die Strecke von Wesel aufwärts bis Winkel und von Haltern bis Datteln angeordnet, daß ein Seitenkanal hergestellt wird, und zwar im Interesse des Verkehrs der Industrie und der Landwirtschaft. Für das übrig bleibende Zwischenstück ist die gleiche Entscheidung noch nicht getroffen und soll auch aus einem Grunde, auf den ich nachher noch zurückkommen werde, nicht getroffen werden. Das wäre sehr zu bedauern. Die Gründe, die für einen Seitenkanal auch auf dieser Zwischenstrecke sprechen, wüßte ich nicht besser auszuführen, als es auf Seite 8 der von der preußischen Wasserverwaltung für eine Sitzung des Wasserstraßenbeirats aufgestellten Denkschrift betr. die Lippe-Seitenkanäle geschehen ist.

Auch der Minister der öffentlichen Arbeiten erkannte, als diese Sache jüngst in der Budgetkommission zur Sprache gebracht wurde, ausdrücklich an, daß die Herstellung der Seitenkanäle auf der strittigen Strecke nützlich sei. Auch der Wasserstraßenbeirat hat sich mit der Sache beschäftigt und in der Sitzung vom 21. Oktober 1912 laut der mir vorliegenden Niederschrift einen einstimmigen Beschluß für die Erbauung des Seitenkanals gefaßt. Hiernach wird man sich der Überzeugung nicht erwehren können, daß es ein geradezu unverzeihlicher Fehler wäre, wenn jetzt von der Herstellung des Seitenkanals Abstand genommen werden sollte.

Es soll dies doch geschehen, und zwar aus dem Grunde, weil die beteiligten Provinzen Westfalen und die Rheinprovinz nicht gewillt seien, einen Beitrag zu den aus der Erbauung des Seitenkanals entstehenden Mehrkosten von 7,6 Mill. Mark zu leisten. Woher diese Weigerung? Ich sagte vorhin schon, daß bei der Abfassung des Wasserstraßengesetzes noch nicht feststand, ob die Lippe kanalisiert oder ein Seitenkanal errichtet werden sollte. Es lag weder für das eine noch für das andere ein genauer neuer Kostenanschlag vor. Trotzdem wurden im Wasserstraßengesetze, die Beiträge, welche die Garantiepflichtigen zu zahlen hatten, genau fixiert auf 14 870 000 Mk, gleichviel, ob die Lippe kanalisiert oder ein Seitenkanal errichtet werden würde. Liegen aber so die Verhältnisse, dann kann doch jetzt die Staatsregierung, nachdem sie selbst zu der Überzeugung gekommen ist, daß der Seitenkanal das Richtigste sei, nicht von den Provinzen und den sonstigen Interessenten verlangen, daß sie einen höheren Beitrag leisten. Man denke sich die Sache doch einmal umgekehrt: Der Staat habe es den Provinzen überlassen, zu bauen, und in dem Gesetze versprochen, dazu einen bestimmten Beitrag zu leisten. Später stellt sich heraus, daß die Provinzen nicht auskommen. Würde dann nicht der Staat, wenn von ihm ein höherer Beitrag erwartet würde, unter Berufung auf § 19 der Instruktionen der Oberrechnungskammer das Ansinnen ablehnen? Wie ist es dann mit den Ausgaben, die die Provinzen durch die Dotationsgesetze übernommen haben? Schon lange reichen die Dotationen z. B. auf dem Gebiete der Irren- und Armenpflege nicht aus. Vergebens haben die Provinzen — abgesehen von der kärglichen Beihülfe vom 11. Juli 1891 — um Zubußen gebeten. Sie müssen selbst sehen, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, und die Gelder dafür selbst aufbringen. Und da kommt jetzt die Kgl. Staatsregierung und verlangt für sich eine andere Behandlung. Es möge mir erspart sein, für ein solches Verlangen den richtigen Ausdruck zu gebrauchen.

Ist aber von anderer Seite ein Zuschuß nicht zu erreichen, so bleibt nur die Wahl, entweder den augenblicklich billigeren und wachteiligeren Weg der Kanalisierung der Lippe oder unter Überschreitung der zur Verfügung stehenden Mittel, um 7,6 Millionen Mark den Seitenkanal auf Staatskosten herzustellen. Der erste Weg erfordert zurzeit geringere Kosten, wird aber nach kurzer Zeit, wie ich dargelegt habe, zu solchen Mißständen führen, daß dann zu ihrer Hebung erhebliche Kosten aufgewendet werden müssen. Das war auch die Ansicht des Polizeipräsidenten Gerstein in der Sitzung des Wasserstraßenbeirats.

Aus allen diesen Gründen möchte ich die Regierung bitten, auf den Bau eines besonderen Seitenkanals von Winkel bis Haltern ohne Heranziehung der Provinzen bedacht zu sein. (Bravo!)

Abg. Freiherr **von Zedlitz** (frk.): Die Landesteile, in denen der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin eine erhebliche Konkurrenz bedeutet, müssen entschädigt werden. So verlangt Schlesien eine Verbesserung der Oderstraße.

Minister **v. Breitenbach**: Ein Gesetzentwurf über den Ausbau der Oder wird dem Hause in kürzester Frist zugehen. Mit der Herstellung eines Seitenkanals an der Lippe würde die Regierung einverstanden sein, wenn die Provinzialverbände von Rheinland und Westfalen an den Kosten des Kanalbaues sich beteilig

GOLDENE MEDAILLE HYGIENE DRESDEN 1911

Persil

HOECHSTE INTERNATIONALE HYGIENE-AUSSTELLUNG DRESDEN 1911 AUSZEICHNUNG

Der grosse Erfolg!

Das selbsttätige Waschmittel

Trotz der enormen Verbreitung von Persil gibt es noch manche Hausfrauen, die noch immer nicht die hervorragenden Eigenschaften dieses modernen selbsttätigen Waschmittels voll auszunutzen verstehen. Halten Sie sich an nachstehende bewährte Gebrauchs-Anweisung und Sie werden sofort sehen, wie

mühelos, einfach, schnell und billig

bei absoluter Unschädlichkeit für das Gewebe mit Persil zu waschen ist.

Gebrauchs-Anweisung:

A. Für Weisswäsche.

Man löst Persil in kaltem oder lauwarmem Wasser durch Umrühren im Kessel auf; dann die Wäsche sofort hinein tun, zum Kochen bringen und nur **einmal** ¼ — ½ Stunde unter zeitweiligem **Umrühren** am Kochen halten. Nach dem Kochen lässt man die Wäsche einige Zeit in der Lauge stehen und spült sie dann in klarem, möglichst in warmem Wasser sorgfältig aus. **Jede Zutat von Seife, Seifenpulver oder andern Waschmitteln ist unbedingt zu vermeiden, da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern.** (Nur bei sehr schmutziger Wäsche empfiehlt sich vorheriges Einweichen in **Henkel's Bleich-Soda.**)

Resultat: **Alle Schmutz-, Staub-, Schweiss-, Fett-, Kakao-, Tee-, Blut-, Tinten-, ja auch Obstflecken sind spurlos verschwunden, die Wäsche ist vollkommen rein und blendend weiss, wie auf dem Rasen gebleicht.**

B. Für Wollwäsche.

Persil wird hierbei nicht in kaltem, sondern bereits stark handwarmem Wasser aufgelöst und die Wäsche darin etwa ¼ Stunde geschwenkt (also **nicht gekocht**); hierauf die Wäsche gut ausspülen und ausdrücken, nicht auswringen. Das Trocknen darf an nicht zu heissen Orten oder an direkter Sonne geschehen.

Resultat: **Bei sachgemässem Waschen mit Persil wird die Wolle nie filzig, sondern bleibt locker und griffig; Krankenwäsche wird gleichzeitig völlig keimfrei, da Persil nach bakteriologischen Feststellungen stark desinfizierend wirkt, Bakterien tötet und Krankheitskeime erstickt und zwar schon bei einer Temperatur von 30—40° C.**

Also die glänzendsten Erfolge bei einfachster Anwendung! Zögern Sie deshalb nicht länger und machen auch Sie einen Versuch, denn

so waschen Millionen Hausfrauen

seit Jahren mit bestem Erfolg und schonen dabei ihre Wäsche!

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. **Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten**

Henkel's Bleich-Soda.

Neue Frühjahrs-

Kostümstoffe

sind eingetroffen und in meinen Schaufenstern ausgestellt

In grossen Sortimenten sind vertreten sehr aparte englische Stoffe in wundervollen neuen Farbenstellungen, vornehme Covercoats in neuen Melangen sowie chike kombinierte Stoffe, Karos und Streifen mit passendem Unistoff. Meine überwältigend grosse Auswahl in Kostümstoffen, aus den billigsten bis zu den besten in- und ausländischen Fabrikaten zusammengestellt, ist einzig und unerreicht am Platze.

Aus der Fülle meiner Sortimente hebe besonders hervor:

130 cm br. Engl. gemust. Kostümstoffe 1.50
sehr aparte Dessins in Herrenstoff-Genre, ganz neue Farbenstellungen, auch in den billigsten Preislagen . . . . . Meter 10.50 bis

130 cm br. Serge und Kammgarne 1.50
grösstenteils in marine und schwarz vorrätig, erstklassige, erprobte Qualitäten Meter 8.50 bis

130 cm br. Covercoats und Melton 1.50
glatt und gestreift, vorzügliche, schmiegsame Ware in sehr vornehmen Melangen, hochmodern für glatte Schneiderkleider . . . . Meter 9.00 bis

130 cm br. Composé-Stoffe 2.00
ganz neue Karos und Streifen für Röcke mit passendem Unistoff für Garnitur und Jackett . . . . . Meter 6.50 bis

Besonders preiswerte

Kleiderstoffe

für Kommunion und Konfirmation.

Nur die besten Qualitäten zu besonders billigen Preisen zu führen, ist im neuen Hause wie im alten der langbewährte Grundsatz meiner Firma. Besichtigen Sie die bedeutend erweiterte, unabsehbare Auswahl und

prüfen Sie die nachstehenden Qualitäten:

Schwarz:

Reinwoll. schwarze Cheviots u. Serge 75 ₰
fein gekopperte solide Gewebe Mtr. 1.50, 1.25 bis

Reinwoll. schwarze Batist u. Popeline 1.25
glatte Gewebe in soliden Qualitäten Mtr. 2.80, 1.80 bis

Reinwoll. schwarze Satin u. Armure 1.50
feinfädige elegante Gewebe Mtr. 3.00, 2.50 bis

Weiss:

Elfenbeinfarbige Cheviots u. Batiste 1.00
in bewährten Qualitäten Mtr. 2.50, 2.00 bis

Elfenbeinfarbige Voile u. Marquisette 1.25
leichtes Gittergewebe Mtr. 3.00, 2.50 bis

Elfenbeinfarbige u. weisse Waschstoffe 50 ₰
in enormer Dessin-Auswahl Mtr. 1.20, 1.00 bis

Farbig:

Reinwoll. farbige Cheviots u. Serge 75 ₰
in grossen Sortimenten Mtr. 1.50, 1.25 bis

Reinwoll. farbige Batist u. Popeline 1.25
in sehr aparten Farben-Sortimenten Mtr. 2.80, 1.80 bis

Reinwoll. farbige Satin-Armure 1.50
in sehr aparten Farben-Sortimenten Mtr. 3.00, 2.50 bis

Halbfertige weisse Stickerei-Kleider und Bordürenstoffe

in Batist und Voile, **enorme Auswahl.**

Friedr. Rawe.

Die übersichtliche Anordnung und offenen Auslagen aller Waren in meinem neuen Hause bieten eine empfehlenswerte Gelegenheit, sich in angenehmster Weise, ohne Kaufzwang, über das Neueste zu orientieren.